

Wir lassen uns nicht verkaufen!



**Gegen Bürgerarmut nach
Ausverkauf städtischer
Einrichtungen!**

Eugen Kalff
Prinzeß-Luise-Straße 110
45479 Mülheim an der Ruhr

**Für bleibende Arbeits- und
Lebensqualität in Mülheim!**

Judith Musiolik
Rheinische Straße 14
45468 Mülheim an der Ruhr



**Die politisch getroffenen
Entscheidungen zur
Veräußerung städtischen
Eigentums und damit
Bürgerbesitzes, empören mich
und führen zu meinem
Engagement im
Bürgerentscheid!**

Ulrich Schaffeld
Zeppelinstraße 36
45470 Mülheim an der Ruhr



Liebe Mülheimer Bürgerinnen und Bürger,

wir alle haben ein Recht auf sichere und bezahlbare Versorgung mit Strom, Gas, Wasser, Wärme, auf Entsorgung von Abwasser und Abfall, auf einen öffentlichen Personennahverkehr, auf eine für alle gleiche Altenpflege, auf kommunalen Wohnungsbau, auf ausreichende Kindergartenplätze, auf kostenlose Schulen für alle, auf Schwimmbäder und Sportstätten etc.

Unsere Betriebe der Daseinsvorsorge sind das Eigentum der Mülheimer Bürgerinnen und Bürger und gewährleisten bürgernahe und zuverlässige Versorgungsleistungen.

Sie stärken in hohem Maße die regionale Wirtschaft und sichern den Erhalt von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen - zunehmend auch für Frauen. Wir brauchen deshalb diese Bereiche der Daseinsvorsorge im Alleinbesitz der Stadt bzw. der öffentlichen Hand! Ein -auch nur teilweiser- Verkauf dieser städtischen Dienstleistungsbereiche an rein gewinnorientierte Privatunternehmen bedeutet einen Verlust für die Bürgerinnen und Bürger und es besteht die Gefahr, dass Daseinsvorsorge immer mehr zum Spekulationsobjekt wird.

Wer glaubt, allein durch Privatisierungen den städtischen Haushalt sanieren zu können, der irrt!

Die am höchsten verschuldete Stadt, die Ausgründungen mit Priorität betrieben hat, ist Oberhausen. Die finanziell potenteste Stadt ist Bochum, deren Strategie es war und immer noch ist, die kommunalen Einrichtungen auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge bei sich zu behalten. In Mülheim sind sich dagegen eine große Mehrheit aus CDU, FDP und SPD im Rat der Stadt darin einig, diese Bereiche ganz oder in Teilen zu verkaufen, ganz nach der Devise: "Privatisierung um jeden Preis, auch wenn kommunalpolitische Verantwortung, städtischer Einfluss und Selbstständigkeit gleich mit verkauft werden." Verpflichten sie deshalb durch ihr "JA" zum Bürgerentscheid den neu gewählten Rat der Stadt dazu, dass z. B.

- **die Alteneinrichtungen** dauerhaft in städtischer Hand bleiben und die Politik sich ihrer Verantwortung für die Pflege älterer Menschen in unserer Stadt nicht durch die gänzliche oder teilweise Abgabe an private Betreiber entzieht.
- **die Stadtbücherei** auch im Rahmen des geplanten "Medienhauses" zu bezahlbaren Gebühren genutzt werden kann.
- **die Müll- und Abwassergebühren** in Mülheim an der Ruhr stabil und bezahlbar bleiben.

Was wurde schon privatisiert?

Müllabfuhr und Straßenreinigung in Mülheim an der Ruhr befinden sich bereits in privater Rechtsform. Ergebnis bis heute:



10 Mio. Euro Schulden!!!

Zur Zeit streiten sich die Stadt und das RWE, wer für diesen Schuldenberg aufzukommen hat. Gegebenenfalls drohen Gebürenehöhungen im zweistelligen Prozentbereich.

Der Entwässerungsbetrieb (Abwasserentsorgung) wurde zum 1.1.2005 privatisiert – trotz der negativen Erfahrungen bei der Privatisierung von Müllabfuhr und Straßenreinigung!



Das Kindererholungsheim in Keitum auf Sylt ist nach Verkauf durch die Stadt nun geschlossen - Kindererholung findet dort nicht mehr statt!!!



Inzwischen scheinen sich der Käufer der Immobilie und die Gemeinde (Bezirk)



Sylt-Ost einig zu sein. Ein Teil des Geländes wird zum Parkplatz für die von der Gemeinde geplante Therme und im Gegenzug dafür darf der Käufer sein geplantes Hotel errichten!

Die Betriebe der Stadt Mülheim an der Ruhr wurden mittlerweile in eine GmbH umgegründet. Hoffentlich machen wir nicht die Erfahrungen der seit 1993 privatisierten Bundesbahn, denn ein funktionierendes System öffentlicher Verkehrsmittel, so wie wir es früher kannten, ist nicht marktwirtschaftlich zu führen und kostet Geld!!!



Sie sehen, in welchen Bereichen der Daseinsvorsorge sich auch in unserer Stadt bereits Veränderungen ergeben haben und möglicherweise noch ergeben können. In NRW sind mehr als 50% der Dienstleistungen, die zur öffentlichen Daseinsvorsorge gezählt werden, in privater Hand - mit meist negativen Folgen:

Die Qualität der Leistung sinkt - die Gebühren steigen

(Abfallgebühren in Kommunen, die nicht privatisiert haben, sind geringer!).

Die lokale Demokratie wird eingeschränkt und die Räte entscheiden auf zentralen Feldern der Daseinsvorsorge nur noch indirekt.

Deshalb lehnen wir Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen ab! Wir setzen auf Optimierung und Modernisierung und sind für aktive Daseinsgestaltung. Alle Felder der Daseinsvorsorge sind akut gefährdet; sie stehen somit in der Auseinandersetzung und müssen von Bürgerinnen und Bürgern **(also von uns allen!!!)** aktiv gestaltet werden. Lernen wir also aus gemachten Fehleinschätzungen der Vergangenheit. Auch Mülheim hat sein Negativbeispiel:

Die Mülheimer Entsorgungsgesellschaft (MEG).